

Man fragt sich bisweilen, ob unsere "Eliten" (in der Sprache der ftd: "Topentscheider aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung") ihren nach außen bekundeten Erklärungen Glauben schenken oder ob das Schönreden der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik eher dem Versuch geschuldet ist, die seit vielen Jahren in Deutschland betriebene neoliberale Interessenpolitik der eigenen Bevölkerung und den Bevölkerungen der übrigen europäischen Staaten als "alternativlos" aufzuzwingen. Wieder einmal wird suggeriert, nicht die das deutsche Lohn-, Sozial- und Unternehmenssteuerdumping der vergangenen 15 Jahre sei die eigentliche Ursache für die von der Financial Times Deutschland behauptete "Bärenstärke" der deutschen Wirtschaft. Im ftd-Beitrag liest sich dies wie folgt:

"Die besten Zukunftschancen haben der Umfrage zufolge der Maschinenbau und die Energieindustrie. Besondere Stärken seien unter anderem der besondere Tüftlergeist und die im internationalen Vergleich sehr guten Hochschulen."

Zudem verfallen die "Topentscheider aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung" in Selbstbeweihräucherung:

"Auch die Qualität des Führungspersonals in Politik und Wirtschaft sei höher als im übrigen Europa."

Bereits in den "Hinweisen des Tages" vom 27. Februar 2012 hatten die NachDenkSeiten in dem Beitrag "Warum die deutsche Wirtschaft so stark ist" darauf hingewiesen, wie wenig glaubwürdig die Behauptung unserer "Entscheidungsträger" ist, das derzeit im Vergleich zu den europäischen Krisenstaaten höhere deutsche Wachstum sei maßgeblich auf "deutschen Tüftlergeist" und dergleichen zurückzuführen.

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=12347#h07>

Die hiesigen neoliberalen Interessenvertreter erwecken durch derartige Behauptungen den Eindruck, zu DM-Zeiten hätte es hierzulande keine oder doch zumindest deutlich weniger innovative Produkte und kundenorientierte Prozesse z.B. im Maschinenbau, der Automobil- oder der Chemieindustrie gegeben. Man fragt sich unwillkürlich: Welche dramatische "Innovationsrevolution" hat v.a. in der deutschen Exportwirtschaft stattgefunden und dazu geführt, daß die deutschen Außenhandelsüberschüsse seit dem Jahre 1999 (dem Jahr der Fixierung der Euro-Umtauschkurse der ehemals eigenständigen europäischen Währungen) so drastisch angestiegen sind?

Anläßlich der im Januar dieses Jahres durch den Linde-Chef Reitzle erhobenen Forderung, es sei zu überlegen, ob Deutschland aus der Eurozone austreten solle, schrieb das Handelsblatt unter der Überschrift "Mittelstand macht gegen Dax-Chef Reitzle mobil":

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/mittelstand-macht-gegen-dax-chefreitzle-mobil/6073214.html>

"Linde-Chef Wolfgang Reitzle hatte einen Austritt Deutschlands aus dem Euro ins Spiel gebracht - und erntet dafür reichlich Kritik. Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft warnen vor dramatischen Folgen einer Abkehr. (...) „Die übergroße Mehrheit der mittelständischen Unternehmer in Deutschland will den Euro“, sagte Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbands der mittelständischen Wirtschaft, Handelsblatt Online. 87 Prozent der mittelständischen Unternehmen hätten sich in einer Umfrage klar zum Euro bekannt, fügte Ohoven hinzu. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, warnte vor den dramatischen Folgen, die ein Austritt Deutschlands aus der Euro-Zone hätte. „Die Aufwertung würde stärker als alle in früheren Zeiten erlebten, so dass erhebliche Minderungen des Exports und der daran hängenden Beschäftigung drohen“, sagte Hüther Handelsblatt Online."

Für den Fall der Wiedereinführung der DM warnt Michael Hüther, Chef des arbeitgebereigenen

Instituts der deutschen Wirtschaft, also wegen der dann im Vergleich zum Euro und zu den übrigen Weltwährungen erfolgenden Aufwertung der wieder eingeführten DM vor "erheblichen Minderungen des Exports und der daran hängenden Beschäftigung". Auch der Chef des arbeitgebereigenen Instituts der deutschen Wirtschaft scheint von seiner noch wenige Tage zuvor geäußerten Behauptung nicht sonderlich überzeugt zu sein, der seit 1999 eingetretene massive Anstieg des deutschen Außenhandelsüberschusses sei v.a. das Resultat "innovativer Produkte" und einer stärkeren "Kundenorientierung" der deutschen Unternehmen.

Die angebliche "Bärenstärke" der deutschen Wirtschaft ist vielmehr ganz wesentlich das Resultat der hiesigen Dumpingpolitik, die für die massiven ökonomischen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone und für das Entschenden des größten europäischen Niedriglohnssektors hierzulande Verantwortung trägt.

Die latente Behauptung "Wir sind spitze, wir wären noch viel besser, wären die Anderen nicht so schlecht" und das Jammern über die verfolgte Unschuld in Gestalt unserer "Entscheidungsträger" findet im vorliegenden ftd-Beitrag in folgendem Passus ihren Ausdruck:

"Weitaus skeptischer beurteilen die Top-Entscheider die Lage der Euro-Zone: Drei Viertel der Befragten befürchten, dass der schlimmste Teil der Krise noch nicht überstanden ist. So glauben 55 Prozent, dass die derzeitige Politik der EZB zu einer hohen Inflation in der Euro-Zone führt. Die Elite erwartet auch langfristig negative Folgen: Vier von fünf Befragten rechnen mit wachsenden Spannungen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. 64 Prozent befürchten zunehmende Ressentiments gegenüber Deutschland, weil es die Führungsrolle in Europa übernommen hat."

Daß "die Anderen" auch deshalb so "schlecht" sind, weil "wir" angeblich so "gut" sind, möchte unseren "Topentscheidern in Wirtschaft, Politik und Verwaltung" nicht in den Sinn kommen. Die übergroße Mehrheit unserer "Eliten" ist sich jedoch durchaus darüber im Klaren, daß sie bei ihrem Versuch, den übrigen europäischen Staaten die ihnen eigene neoliberale Ideologie (Brüningsche Kaputtsparpolitik, Sozialabbau, Lohnsenkung, "Liberalisierung, Deregulierung und Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes etc.) aufzuzwingen, erheblichen Widerstand und wachsenden Unmut heraufbeschwören werden.

Mangelndes gesamtwirtschaftliches Verständnis unserer "Entscheidungsträger" läßt auch deren Glaube vermuten, der Eurozone stünde eine hohe Inflation bevor. Die maßgeblich von Deutschland erzwungene Austeritätspolitik in Europa in Gestalt eines Brüningschen Kaputtsparens droht stattdessen mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit in einer deflationären Abwärtsspirale zu münden. Fredmund Malik, österreichischer Wirtschaftswissenschaftler mit Forschungsschwerpunkt Managementlehre, erklärte kürzlich in einem Handelsblatt-Interview ("Es droht eine teuflische Abwärtsspirale"):

<http://www.handelsblatt.com/finanzen/boerse-maerkte/boerse-inside/fredmund-malik-im-interview-es-droht-eine-teuflische-abwaertsspirale/6255962.html>

"Ich erwarte eine Fortsetzung des Finanzmarktkollapses. Falls nicht revolutionär neue Methoden eingesetzt werden, wird die Folge wahrscheinlich die größte deflationäre Depression der Geschichte sein. Das bedeutet einen massiven Rückgang der Wirtschaftsleistung und daher auch der Steuereinnahmen. Es folgt eine Kette von Bankenpleiten und Staatsbankrotten. Sicher ist, dass Unternehmer in so einem Umfeld nicht mehr investieren werden. Den Tiefpunkt erwarte ich 2015 oder 2016. Dann wird die Wirtschaftsleistung 30 bis 50 Prozent niedriger sein als heute. Ich erwarte gleichzeitig einen tiefgreifenden Wertewandel, unter anderem wird der neoliberale Egoismus von einem neuen Gemeinsinn abgelöst."

Man kann die Befürchtungen Maliks durchaus als übertrieben ansehen und muß auch nicht allen Aussagen Maliks zustimmen. Jedoch sollte die drastisch formulierte Warnung des "Managementprofessors" Malik unsere "Top-Entscheider in Wirtschaft, Politik und Verwaltung" zumindest nachdenklich stimmen.

Dieser Tage wird das Frühjahrsgutachten der "führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute" veröffentlicht werden. Laut Handelsblatt-Information werden die BIP-Prognosen für dieses Jahr im Vergleich zum letzten Gutachten geringfügig von 0,8 Prozent Wirtschaftswachstum auf 0,9 Prozent angehoben. Für 2013 prognostizieren die Institute ein Wirtschaftswachstum von 2 Prozent. Die Prognose für das Jahr 2013 - das zeigt die Erfahrung über viele Jahre hinweg - ist wegen der mangelnden Prognosequalität nicht mehr als Kaffeesatzleserei. Dies in ganz besonderem Maße auch vor dem Hintergrund völlig unvorhersehbarer Entwicklungen im Zusammenhang mit der Weltfinanzkrise und der Krise innerhalb der Eurozone. So wurde von unseren "Wirtschaftsexperten" noch vor ca. drei Wochen das "Ende der Eurokrise" verkündet. In den vergangenen Tagen verkündeten die gleichen "Wirtschaftsexperten" die "Rückkehr der Eurokrise". Weiter heißt es, die Banken befänden sich "wieder im Krisenmodus".

Die Frankfurter Rundschau titelt in einem aktuellen Beitrag: "Die Wetten gegen Deutschland beginnen"

<http://www.fr-online.de/schuldenkrise/iwf-und-john-paulson--die-wetten-gegen-deutschland-beginnen,1471908,14943366.html>

In diesem FR-Beitrag heißt es:

"Der US-Hedgefonds-Manager John Paulson wettet offenbar gegen die Kreditwürdigkeit Deutschlands. Paulson, der angeblich den Kollaps des US-Immobilienmarktes 2007 kommen sah, bereite sich auf höhere Risikoaufschläge bei deutschen Staatsanleihen vor, berichtet die britische Financial Times. Das Blatt zitiert eine ungenannte Person, derzufolge Paulson am Montag in einer Telefonkonferenz von seinem Plan berichtet hat. Angeblich rechnet er mit einer Verschärfung der Euro-Krise in den kommenden Monaten, die sich auch auf Deutschland auswirken könnte."

Sollte diese auf Informationen der Financial Times basierende FR-Meldung zutreffen, dann zeigt dies zweierlei: Erstens, die Leichfertigkeit des Kaffeesatz-Geredes vom angeblich "über viele Jahre anhaltenden deutschen Aufschwung". Zweitens, den Offenbarungseid der politischen Entscheidungsträger hierzulande und in den übrigen Staaten der OECD. Denn diese haben es in den vergangenen Jahren sträflich versäumt, aus den enormen finanziellen, realwirtschaftlichen und sozialen Schäden des "Finanzkapitalismus" die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen und dem spekulativen Treiben auf den "Finanzmärkten" wirksam entgegenzutreten.